

Presseschau vom 09.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den "Lesetipps" und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers , <u>DNS über HTTPS</u>' aktiviert (<u>Anleitungen</u> u.a. <u>hier</u>) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Geworg Mirsajan: Mehrfachraketenwerfer für Kiew – USA verstoßen gegen ungeschriebene Regeln des Stellvertreterkrieges

Die USA lassen bei der Lieferung ihrer Mehrfachraketenwerfer an Kiew die damit kompatiblen Gefechtsfeldraketen ATACMS weg, deren Schussweite aus der Ukraine weit nach Russland hineinreicht. Diese Raketen könnte Kiew allerdings von Drittstaaten beziehen. Die Eskalationsrisiken trägt indes Washington. ...

https://kurz.rt.com/30cv bzw. hier

Pierre Lévy: Keine "Weiße Weste": USA und EU als Kriegsparteien

Die USA und die Europäische Union wollen um jeden Preis vermeiden, im Krieg in der Ukraine als aktive Kriegspartei aufzutreten. Aber wer kann dieses Abstreiten vom Westen ernsthaft glauben – egal, was man ansonsten von dem Konflikt hält? Auch ansonsten sucht man die "Weiße Weste" im Westen vergebens. ...

https://kurz.rt.com/30cm bzw. hier

Dagmar Henn: Verantwortungslose Egozentrik: Wie Merkel über Putin redet und sich selbst bloßstellt

In früheren Jahrhunderten wurden die Eigenschaften politischer Gestalten oft anhand von Anekdoten überliefert. In der Geschichte von Friedrich II. und dem Müller etwa. Merkel liefert ihre Anekdote selbst. Aber sie erzählt etwas völlig anderes, als was vom Mainstream aus ihr herausgelesen wird. ...

https://kurz.rt.com/30gw bzw. hier

Maria Müller: Los Angeles: Der Gegengipfel der sozialen Bewegungen – Stimmen der Ausgeschlossenen

Auch dieses Jahr wird das OAS-Gipfeltreffen der Staaten Amerikas in Los Angeles von einem "Gegengipfel" vom 8. bis 10. Juni begleitet. Man will die Öffentlichkeit an die schwerwiegenden Probleme der amerikanischen Völker erinnern, die beim OAS-Gipfel wieder zu kurz kommen werden. ...

https://kurz.rt.com/30hm bzw. hier

Dagmar Henn: Olaf Scholz auf Reisen – oder: Wie man kleine Balten groß macht

Schon ehe die Ukraine auf die Titelseiten drängte, waren es die baltischen Staaten, die in der EU auf einen immer stärker gegen Russland gerichteten Kurs drängten. Jetzt hat Bundeskanzler Olaf Scholz ihnen abermals Zusagen gemacht. Aber warum verhalten sich diese Kleinstaaten so irrational? ...

https://kurz.rt.com/30dz bzw. hier

Susan Bonath: **PEI rückt Impf-Meldedaten heraus: Über 1.000 geschädigte und neun verstorbene Minderjährige**

Nach wochenlangem Nachhaken gab das Paul-Ehrlich-Institut bisher geheim gehaltene Daten bekannt. Demnach stieg unter anderem die Zahl der Verdachtsfälle auf schwere Impfkomplikationen bei Kindern im ersten Quartal 2022 rapide an, ein weiterer Todesfall kam hinzu. ...

https://kurz.rt.com/30ik bzw. hier

Geworg Mirsajan: Warum Moskau den Ukraine-Einsatz nicht schneller fährt: Leben schonen, Integration erleichtern

Wer Russlands Operation in der Ukraine unterstützt, den Fortschritt aber zu langsam findet, der bedenke: Es geht um Leben der Zivilisten und der Soldaten (auch der ukrainischen) und leichtere Integration befreiter Gebiete im gemeinsamen wirtschaftlich-kulturellen Raum mit Russland. ...

https://kurz.rt.com/30fh bzw. hier

abends/nachts:

21:00 de.rt.com: Pioniere des russischen Katastrophenschutzministeriums räumen die Strände in Mariupol

Die russische Agentur RIA Nowosti <u>zeigt</u> in einem kurzen Videoclip, wie Pioniere des russischen Katastrophenschutzministeriums den Strand von Mariupol entminen. Dazu wird ein gepanzerter Minenräum-Roboter eingesetzt. Die Luftaufnahme zeigt, wie das Gerät über die im Sand vergrabenen, zahlreichen Minen fährt und sie so zur Detonation bringt. Derartige Roboter wurden von den russischen Streitkräften bereits öfter in den befreiten Gebieten des Donbass eingesetzt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a0ed6ab480cc68973536b4.png

21:02 de.rt.com: "Kann Selenskij überhaupt noch Weisungen erteilen?" – Lawrow kontert ukrainischen Journalisten

In Ankara trafen sich der russische und der türkische Außenminister, um über die Ukraine-Krise zu beraten. Die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine stand im Mittelpunkt der Gespräche. Die Pressekonferenz endete mit einer provokativen Frage eines ukrainischen Journalisten.

In der türkischen Hauptstadt Ankara traf sich am Mittwoch der russische Außenminister Sergei Lawrow mit seinem türkischen Kollegen Mevlüt Çavuşoğlu, um über die Ukraine-Krise zu beraten. Die sogenannte Getreide-Krise und die angebliche Seeblockade ukrainischer Häfen standen dabei im Mittelpunkt der Gespräche. In den letzten Wochen hat die Situation im militärischen Konflikt durch eine drohende Lebensmittelkrise zusätzlich an Brisanz gewonnen.

Die Türkei bemüht sich seit Beginn der russischen Militäroperation konsequent um eine Vermittlerrolle und bietet ihre Städte als Plattform für diplomatische Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien an. Doch bei den Gesprächen über einen von Russland vorgeschlagenen grünen Korridor für Getreideausfuhren aus ukrainischen Häfen kam es zu keinem Durchbruch. Damit müsste zumindest auch die Ukraine mit am Tisch sitzen und die UNO miteinbezogen werden. Çavuşoğlu bekräftigte, die Türkei befürworte einen Plan der Vereinten Nationen, der alle drei Länder einbeziehe. Kiew und Moskau müssten dem aber noch zustimmen.

Die Gespräche waren allerdings von Misstrauen und Vorwürfen zwischen den beiden Ländern geprägt, und es gab auch in Ankara keine Anzeichen dafür, dass die Ukraine bereit ist, mit Russland über technische Modalitäten einer möglichen Deblockade zu sprechen. Außerdem beschuldigt Kiew Moskau des Getreidediebstahls. Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij haben die russischen Truppen aus den Besatzungsgebieten bereits eine halbe Million Tonnen Getreide gestohlen.

Als die mehr als <u>halbstündige Konferenz</u> vorbei war und ein Pressesprecher des Gastlandes diese für beendet erklärte, meldete sich ein ukrainischer Journalist zu Wort und sagte, dass er eine zusätzliche Frage an Lawrow hätte. Mit den Worten "wir sind nicht in der Ukraine, sondern in der Türkei, einem freien Land" signalisierte der russische Außenminister, dass er bereit sei, diese zu beantworten.

"Hat Russland von dem, was in der Ukraine gestohlen worden ist, einschließlich des Getreides, schon etwas verkauft?", fragte der Journalist. In der Ukraine hat sich ein Propaganda-Narrativ festgesetzt, dem zufolge die russischen Truppen eine Räuber-Armee seien. Auf die Vorwürfe des Journalisten reagierte Lawrow jedoch mit einem Schmunzeln. Er antwortete:

"Sie zerbrechen sich den Kopf darüber, wo Sie etwas stehlen können, und unterstellen, dass das jeder tut."

"Wir setzen die öffentlich verkündeten Ziele durch, den Osten der Ukraine vom Druck der Neonazis zu befreien", so Lawrow weiter. Der russische Außenminister betonte noch einmal, dass das Getreide ungehindert zu seinen Bestimmungsorten transportiert werden könne und Russland ihm keine Steine in den Weg lege.

Es sei notwendig, dass Präsident Selenskij "die Weisung gibt, falls er überhaupt noch Weisungen geben kann", dass es ausländischen Schiffen erlaubt wird, aus den Häfen auszulaufen und über das Schwarze Meer zu fahren.

Zuvor sagte Lawrow, dass Russland bereit sei, "die Sicherheit von Schiffen zu gewährleisten, die die ukrainischen Häfen verlassen". Mit Blick auf die Ukraine fügte er hinzu:

"Wenn sie jetzt – wie uns unsere türkischen Freunde sagen – bereit ist, entweder Minen zu räumen oder den Durchgang durch Minenfelder zu gewährleisten."

Nach ukrainischen Angaben können derzeit mehr als 23 Millionen Tonnen Getreide und Ölsaaten nicht exportiert werden. Grund sei die angebliche russische Seeblockade ukrainischer Häfen, über die vor dem Krieg 90 Prozent des Exports hinausgingen. Die Ukraine befürchtet im Falle der Einrichtung von Durchfahrtskorridoren allerdings neue Angriffe von der russischen Kriegsmarine. Dies wies Lawrow in Ankara jedoch zurück. Er verwies auf das Versprechen des russischen Präsidenten, die Eröffnung der Korridore nicht zu militärischen Zwecken Russlands zu nutzen, und betonte, Russland wolle verhindern, dass Schiffe verdeckt Kriegsgerät in die Ukraine bringen. Zuvor schlug das russische Verteidigungsministerium vor, den Hafen der vor Kurzem von den Einheiten der DVR und Russlands befreiten Stadt Mariuopol am Asowschen Meer für den Getreideexport zu nutzen. Auf ein mögliches Treffen zwischen dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten angesprochen, sagte Lawrow, dass dieses Treffen für den ukrainischen Präsidenten ein Selbstzweck sei, wobei er seine Entscheidungen ständig und "mehrmals am Tag" ändere. "Solche Schwankungen sehen wir mehrmals." Er wies darauf hin, dass die Ukraine die Gespräche über eine mögliche Friedensvereinbarung mit Russland aus eigener Initiative ausgesetzt habe. Russland habe der Ukraine Mitte April seine Vorstellungen mitgeteilt, nun

liege der Ball bei der Ukraine.



 $\frac{https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a0ad4db480cc1d69774bc6.PN}{G}$

Der russische Außenminister Sergei Lawrow antwortet einem ukrainischen Journalisten am Ende der Pressekonferenz in Ankara am 8. Juni

21:20 de.rt.com: DVR-Chef Puschilin entlässt DVR-Regierung

Die Regierung der Volksrepublik Donezk wurde abgesetzt, ihr Vorsitzender Alexander Anantschenko wurde entlassen. Dies geht aus einem Dekret hervor, das vom Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, unterzeichnet wurde.

In dem Dokument wurde festgestellt, dass die Regierung ihre Aufgaben bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiter wahrnehmen wird.

Anantschenko war seit Ende 2018 Chef der DVR-Regierung. Am Nachmittag des 8. Juni 2022 dankte Puschilin ihm in seinem Telegramm-Kanal für seine Arbeit und erklärte, er habe ihm angeboten, die Entwicklung des staatlichen Sektors zu leiten. Der DVR-Chef fügte hinzu: "Die Kandidatur für das Amt des Regierungsvorsitzenden wurde von mir heute dem Volksrat vorgelegt."

Zum amtierenden Vorsitzenden der DVR-Regierung wurde Witali Chozenko, Direktor einer Abteilung des russischen Ministeriums für Industrie und Handel, ernannt. Er war Leiter der Abteilung für regionale Industriepolitik und Projektmanagement.

Anantschenko seinerseits machte keine Angaben zu seiner künftigen Position und stellte fest, dass "die Situation jetzt sehr fließend ist, es gibt Reformen und eine Synchronisierung mit der Russischen Föderation". Er fügte hinzu:

"Es ist ganz einfach: Die Aufgabe wurde gestellt, sich auf die Entwicklung des öffentlichen Sektors der Wirtschaft zu konzentrieren, sie wird erfüllt werden."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a0e07a48fbef771b108c94.jpg

denis-pushilin.ru: Am 8. Juni kommentierte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einer Sendung von "Rossija-24" die Gründe für die Entlassung der Regierung der DVR.

"Obwohl die Befreiungsoperation läuft und sie noch nicht abgeschlossen ist, obwohl wir bisher noch nicht an unsere verfassungsmäßigen Grenzen gekommen sind und selbst unter Berücksichtigung dessen, dass der Feind bisher noch die Möglichkeit hat, Schläge auf unsere Städte zu verüben und wir buchstäblich heute gesehen haben, dass sowohl auf Donezk als auch auf Makejewka Artillerieschläge erfolgt sind, besteht bei uns die Notwendigkeit, jetzt nicht nur einen, sondern zwei Schritt voraus zu denken.

Das Spektrum der Aufgaben, die jetzt vor der Führung der Republik und zweifellos vor der Regierung der Republik stehen, ist recht breit. Und es ist klar, wie im Weiteren eine Konfiguration aufzubauen ist, die unmittelbar mit einer Reihe von Bereichen verbunden ist. Das ist natürlich der Wiederaufbau – ein eigenes vollständiges Gebiet. Bei uns beginnt bereits ein enormer Bauprozess, und eine Reihe von Regionen der Russischen Föderation haben sich eingeschaltet. Sie haben die Patenschaft über Städte und Bezirke der Donezker Volksrepublik übernommen. Und das beinhaltet seinerseits eine ganze Liste von Problemen, die sehr schnell gelöst werden müssen, die sowohl mit dem Aufbau der Logistik als auch mit der Versorgung mit Arbeitsressourcen und einer Reihe anderer Momente zusammenhängen, die operativ abgedeckt werden müssen", sagte Denis Puschilin.

Nach seinen Worten benötige die Regierung unter den derzeitigen Bedingungen eine gewisse Reorganisation.

"Einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung, der zusätzlich in der Regierung sein wird, wird sich gerade mit den infrastrukturellen Veränderungen und den Wiederaufbauprozessen befassen.

Weiter haben wir eine gesonderte Aufgabe, das ist die Entwicklung des staatlichen Sektors. Und es ist die Notwendigkeit entstanden, diesen als gesondertes Gebiet zu behandeln. Und für dessen Leitung habe ich Alexandr Jegenjewitsch Anantschenko vorgeschlagen. Das sind die staatlichen Korporationen, und ihnen muss gesonderte Aufmerksamkeit gewidmet werden, das heißt neben allen übrigen Aufgaben, die vor der Regierung stehen.

Dazu natürlich die Integrationsprozesse, die sich verstärken müssen, und wir müssen begreifen, welche Schritte im Weiteren zu unternehmen sind. Entsprechend habe ich entschieden, dass eine bestimmte Reorganisation notwendig ist", unterstrich das Staatsoberhaupt.

Denis Puschilin erklärte, dass solche Veränderungen in der derzeitigen Etappe des Staatsaufbaus für die weitere perspektivische Entwicklung des Landes notwendig seien. Er teilte mit, dass der neue Vorsitzende der Regierung, Witalij Chozenko, ausreichend Erfahrung habe, um unter den neuen Umständen eine effektive Arbeit der Regierung insgesamt zu organisieren.

Nach den Worten des Staatsoberhaupts soll die Zusammensetzung der neuen Regierung in der nächsten Zeit festgelegt werden.

"Viele Mitglieder des vorherigen Teams werden auf ihren Plätzen bleiben, aber zweifellos wird es auch Veränderungen geben, und jetzt setze ich auf die Position des neuen Vorsitzenden der Regierung. Er muss ein Team aufbauen, Prioritäten setzen. Und dann wird es weiter voran gehen", fasste Denis Puschilin zusammen.

21:50 de.rt.com: **Nicaraguas Präsident genehmigt russische Militärpräsenz im Land** Der Präsident von Nicaragua, José Daniel Ortega, hat die vorübergehende Anwesenheit russischer Militärangehöriger für humanitäre Zwecke genehmigt. Auch Militär aus den USA, Mexiko, Kuba, Venezuela, Guatemala, El Salvador, Honduras und der Dominikanischen Republik soll in das Land kommen.

Der nicaraguanische Präsident José Daniel Ortega hat die Einreise russischer Truppen, Schiffe und Flugzeuge zu humanitären Zwecken ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 genehmigt. Dies berichtet die Nachrichtenagentur El País unter Berufung auf die Regierungszeitung La Gaceta. Wörtlich hieß es:

"Personal, Schiffe und Flugzeuge der russischen Streitkräfte können einreisen, um an der Ausbildung und an Übungen sowie humanitären Hilfs-, Such- und Rettungseinsätzen bei Notfällen oder Naturkatastrophen teilzunehmen."

Zu denselben Zwecken wurde auch die Einreise von militärischem Personal, Schiffen und Flugzeugen aus den USA sowie aus Mexiko, Kuba, Venezuela, Guatemala, El Salvador, Honduras und der Dominikanischen Republik gestattet.

Zuvor hatte der russische Botschafter in Nicaragua, Honduras und El Salvador, Alexander Chocholikow, bestätigt, dass russische Militärspezialisten offen und legal in Nicaragua arbeiten und dass russische Schiffe und Flugzeuge bei Bedarf nicaraguanische Häfen und Flugplätze anlaufen können. Der Diplomat erläuterte, dass die Gesetze des zentralamerikanischen Landes die Präsenz militärischen Personals und militärischer Ausrüstung mehrerer Länder, darunter auch Russlands, zuließen.

Mitte Januar hatte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow in einem Interview mit dem Fernsehsender RTVi auf die Frage einer möglichen Stationierung russischer militärischer Infrastruktur in anderen Ländern, insbesondere Kuba oder Venezuela, geantwortet:

"Ich möchte nichts bestätigen, aber ich werde auch nichts ausschließen."
Rjabkow betonte, die Entscheidung Russlands werde von "den Handlungen der amerikanischen Kollegen" abhängen. Kremlsprecher Dmitri Peskow wiederum erklärte hinsichtlich einer möglichen Stationierung russischer Streitkräfte in Südamerika, dass Russland über seine Sicherheit nachdenke und verschiedene Szenarien erwäge.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a0f151b480cc38435391d7.jpg

22:15 de.rt.com: Zeman: Keine Genehmigung für 127 tschechische Staatsbürger, sich den ukrainischen Streitkräften anzuschließen

Wie TASS berichtet, hat der tschechische Präsident Miloš Zeman am Mittwoch 127 tschechischen Staatsbürgern verweigert, in die ukrainischen Streitkräfte einzutreten. Dies habe der Sprecher des Präsidenten, Jiří Ovčáček, auf seiner Twitter-Seite mitgeteilt. "Aufgrund einer negativen Empfehlung des Innenministeriums der Tschechischen Republik hat der Präsident der Republik Miloš Zeman am Mittwoch, den 8. Juni 2022, 127 tschechischen Staatsbürgern den Antrag auf Aufnahme in die ukrainischen Streitkräfte verweigert",

so Ovčáček.

Außerdem habe Zeman am 1. Juni achtzig Staatsbürgern der Republik und am 24. Mai elf Staatsbürgern den Dienst in den ukrainischen Streitkräften verweigert. Damals sprachen sich das Innen- und das Verteidigungsministerium, von deren Ansichten sich der Hausherr der Prager Burg leiten ließ, dagegen aus.

Zuvor hatte Zeman allerdings sein Einverständnis für den Eintritt von 103 tschechischen Bürgern in die Kiewer Einheiten erklärt. Die Gesetzgebung der Republik verbietet es den Bürgern, ohne Zustimmung des Staatsoberhaupts in ausländischen militärischen oder paramilitärischen Einheiten zu dienen. Diese Anforderung gilt auch für Ausländer, die eine Aufenthaltsgenehmigung in der Tschechischen Republik besitzen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a0e27348fbef73f4775bbb.jpg
Der tschechische Präsident Miloš Zeman (rechts, im Rollstuhl) während des Staatsbesuchs
seines bulgarischen Amtskollegen (nicht im Bild) am 10. Mai 2022 auf der Prager Burg

22:55 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainischer Geheimdienst SBU bereitet eine Provokation mit chemischen Kampfstoffen in Sumy vor

Beamte des ukrainischen Geheimdienstes SBU sollen eine Provokation mit chemischen Kampfstoffen in Sumy, einer Stadt im Nordosten der Ukraine, vorbereiten. Dies <u>meldet</u> die russische Agentur RIA Nowosti. Der ukrainische Geheimdienst plane demzufolge, die Kampfstoffe zu verbreiten und Russland dafür verantwortlich zu machen, sagte der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew. "Nach dem Plan der 'Kiewer Drehbuchautoren' werden Einheiten der ukrainischen Streitkräfte von Siedlungen in der Region Sumy aus Artillerieangriffe auf die russischen Grenzgebiete führen. Nach einem angeblich von den russischen Streitkräften inszenierten Vergeltungsangriff planen die ukrainischen Spezialdienste, hochgiftige Substanzen im Gebiet der Provokation zu versprühen",

sagte er während eines Briefings.

In Sumy hätten ukrainische Soldaten und Kämpfer der Territorialverteidigungseinheiten bereits Chemikalienschutzanzüge erhalten. Sie würden darin geschult, wie sie sich zu

verhalten hätten, wenn ein Chemie-Alarm ausgelöst wird. Auch die "Organisation für das Verbot chemischer Waffen" sei in das Szenario eingebunden:

"Diese Tatsache wird von Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen aufgezeichnet und soll dazu verwendet werden, die russischen Streitkräfte des Einsatzes chemischer Waffen gegen Zivilisten zu beschuldigen", erklärte Misinzew.

Er wies darauf hin, dass die russischen Streitkräfte keine chemischen Waffen einsetzen und alle Bestände in Russland gemäß den geschlossenen Verträgen vernichtet worden sind.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a0fcc748fbef17b302c3c7.jpg Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation

vormittags:

7:36 (6:36) novorosinform.org: In der DVR wird das System zur Warnung der Bevölkerung vor Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine wieder in Betrieb genommen

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR informierte die Bürger über die Vorbereitung auf den Einsatz von zentralisierten Warnsirenen.

Im Falle des Beginns massiven Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine in den Städten der DVR wird ein öffentliches Warnsystem ausgelöst. Am Vorabend wurden die Bürger vom Stab der Territorialverteidigung der DVR darüber informiert.

"Im Zusammenhang mit dem verstärkten Beschuss auf die DVR wurde ein öffentliches Warnsystem eingerichtet. Wenn die Sirene ertönt, ist es notwendig, in einen Unterstand zu gehen oder einen sicheren Ort zu finden", sagte das Hauptquartier in einer SMS-Nachricht am Donnerstagabend verschickt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die ukrainischen Kämpfer in den letzten Wochen den Beschuss von Donezk und anderen Städten der Republik verstärkt haben. Ukrainische Artillerie und MLRS beschießen gezielt friedliche Wohnviertel und gefährden das Leben der einfachen Bürger.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/34/46234 720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Chersoner Behörden werfen Kiew gezielte Provokationen vor** Die Kiewer Behörden setzen ihre gezielten Provokationen an den Grenzen der Region Cherson fort. Darauf wies der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Kirill Stremousow gegenüber <u>RIA Nowosti</u>. Er sagte:

"Kiew setzt seine gezielten Provokationen fort, indem es die Situation an den Grenzen des Gebietes absichtlich eskalieren lässt und das Gebiet von weit entfernten Positionen aus beschießt, um die Bevölkerung in ständiger Angst zu halten."

Stremousow versicherte, dass das Gebiet Cherson zuverlässig verteidigt werde – und alle Behauptungen des Kiewer Regimes, das Gebiet einzunehmen, seien bedeutungslos. Er betonte:

"Alle ihre Versuche werden gestoppt werden, wie dies bereits mehrfach geschehen ist." Der Beamte fügte hinzu, dass das gesamte Territorium des Gebietes Cherson unter der Kontrolle und dem Schutz der russischen Streitkräfte stehe.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a17a3448fbef708136fb5d.jpg

8:00 de.rt.com: Behörden in Saporoschje: Deutsche und US-amerikanische Vertreter an der Beobachtung des Referendums interessiert

Vertreter von mehr als einem Dutzend Ländern, darunter auch aus Deutschland und den USA,

erklärten sich bereit, als Beobachter bei dem geplanten Referendum über den Beitritt des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation aufzutreten. Das teilte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Saporoschje, gegenüber der Nachrichtenagentur <u>TASS</u> mit. Er erklärte:

"Sobald die Medien, darunter auch westliche Medien wie der Guardian, meine Erklärung zum Referendum zitierten, erhielt ich buchstäblich innerhalb weniger Stunden Angebote von Menschen aus Großbritannien, Deutschland, Spanien, Italien, Kanada, den USA, Frankreich, der Schweiz und mehreren afrikanischen Ländern, darunter Ägypten, Nigeria, Syrien und Südafrika, die mir sagten: "Wann ist das Referendum? Wir wollen kommen und sehen, wie Ihr Prozess zur Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit und des Volkswillens abläuft.' So haben bereits heute Bürger aus über einem Dutzend Ländern darum gebeten, als Beobachter anwesend zu sein."

Er fügte hinzu, dass das endgültige Verfahren für den geplanten Beitritt des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation noch nicht festgelegt ist und die genauen Daten für ein mögliches Referendum noch nicht feststehen. Momentan konzentriere sich die zivilmilitärische Verwaltung auf die Lösung dringender sozialer Probleme der Bevölkerung und die Wiederbelebung der Industrie.

9:19 (8:19) novorosinform.org: Ukrainische Streitkräfte beschossen Krasny Lyman in der DVR. Es gibt Tote

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR berichtete, dass bei der Beschießung des Dorfes Krasny Liman durch bewaffnete Formationen der Ukraine zwei Menschen getötet und einer verletzt wurde.

Darüber informierte die behördet in ihrem Telegram-Kanal.

"Infolge des nächtlichen Beschusses wurden zwei Menschen getötet und ein weiterer verletzt", heißt es in dem Bericht.

Derzeit liegen keine Schadensmeldungen vor.

Es sei darauf hingewiesen, dass Krasny Liman Ende Mai von ukrainischen Nationalisten befreit wurde, seitdem wird die Stadt regelmäßig von den Streitkräften der Ukraine beschossen.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/41/46241 720x405.jpg

8:30 de.rt.com: Weißes Haus: USA erörtern mit Europa die Idee über Begrenzung der Preise für Erdöl aus Russland

Die USA diskutieren mit Europa intensiv über mögliche neue Regelungen für Ölkäufe aus Russland. Das verkündete Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten. Bei einem Briefing im Weißen Haus wurde er gebeten, sich zu den Äußerungen von

Finanzministerin Janet Yellen zu äußern, wonach Washington daran interessiert sei, dass Ressourcen aus Russland auf die Weltmärkte gelangen, allerdings zu erzwungenen niedrigeren Preisen. Er antwortete:

"Ich werde nicht mehr sagen als Ministerin Yellen, denn wir wollen einen geschützten Raum für intensive Konsultationen mit unseren europäischen Partnern haben, und dafür gibt es viele Kanäle."

Die Möglichkeit, den Preis für russisches Öl zu begrenzen, anstatt den Kauf zu verweigern, war zuvor auch von US-Präsident Joe Biden angesprochen worden. Die USA haben ein vollständiges Verbot für Ölimporte aus Russland verhängt, während die EU beabsichtigt, die Käufe in den kommenden Monaten um fast 90 Prozent zu verringern.

9:44 (8:44) novorosinform.org: Infolge des morgendlichen Beschusses auf Stachanow in der LVR wurden mindestens drei Menschen getötet

Heute um 5 Uhr morgens haben ukrainische Kämpfer aus "Grad" die Stadt Stachanow in der Volksrepublik Lugansk beschossen. Zivilisten wurden getötet.

Am frühen Morgen eröffneten die Nationalisten das Feuer mit MLRS "Grad". Von Stellungen in Artjomowsk (Bachmut) wurden 20 Raketen auf die Stadt abgefeuert. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft der LVR wurden mindestens drei Anwohner durch den Beschuss getötet.

Darüber hinaus wurden schwere Schäden im Wohnsektor verzeichnet. ...



https://www.novorosinform.org/content/images/62/45/46245 720x405.jpg

9:00 de.rt.com: US-Spirituosenhersteller verliert 52 Millionen US-Dollar durch Einstellung des Betriebs in Russland

Der US-amerikanische Spirituosenhersteller Brown-Forman verbucht für das vierte Quartal des Geschäftsjahres 2022 aufgrund der Wertminderung seiner Wodkamarke Finlandia einen Verlust in Höhe von 52 Millionen US-Dollar. Diese Zahlen gab das Unternehmen in einem am Mittwoch auf seiner Webseite veröffentlichten Finanzbericht bekannt. Darin heißt es: "Wir haben im vierten Quartal einen nicht zahlungswirksamen Verlust in Höhe von 52 Millionen US-Dollar aus der Wertminderung unserer Marke Finlandia erlitten. Die Wertminderung spiegelt eine Verschlechterung unserer langfristigen Aussichten für Finlandia aufgrund der Einstellung unserer Geschäftstätigkeit in Russland, einem Schlüsselmarkt für die Marke, wider."

Im März teilte das US-Unternehmen Brown-Forman, zu dem die Marken Jack Daniel's Whisky und Finlandia Vodka gehören, mit, dass es seine Geschäftstätigkeit in Russland einstellt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a1844cb480cc60933e1c59.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 09.06.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

39 Mann;

6 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 52 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern, Panzerwaffen und Mörsern des Kalibers 120mm auf die Ortschaften Kremennaja und Perwomajsk abgefeuert.

Durch Beschuss

wurde in Kremennajy eine Frau, geb. 1976, verletzt;

wurden in Perwomajsk 3 Mehrparteienwohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermitteln und vernichtet**.

9:23 de.rt.com: **US-Militär: An Bord des abgestürzten Flugzeugs** "kein nukleares Material"

Behörden des US-Militärs haben offiziell Berichten widersprochen, in denen behauptet wurde, dass ein im US-Bundesstaat Kalifornien abgestürztes Militärflugzeug nukleares Material transportiert habe. Bei dem Absturz sollen fünf Menschen ums Leben gekommen sein.

Ein Militärflugzeug eines nicht näher bezeichneten Typs ist am Mittwoch im kalifornischen Imperial County, rund 50 Kilometer nördlich der mexikanischen Grenze, abgestürzt. Es wird vermutet, dass die fünf Menschen an Bord tot sind. In ersten Berichten war von "nuklearem Material" an Bord die Rede. Das US Marine Corps hat den Absturz zwar bestätigt, aber keine weiteren Einzelheiten bekanntgegeben.

Lokale Nachrichtensender berichteten am Mittwochnachmittag unter Berufung auf die Polizeibehörde in Imperial County, dass ein Militärflugzeug nahe der Gemeinde Glamis abgestürzt sei. Demnach soll sich der Absturz nordöstlich des Grenzübergangs Calexico-Mexicali etwa 240 Kilometer östlich von San Diego ereignet haben.

Lokale Medien zeigten am Unfallort eine Rauchwolke, die über der Wüste aufstieg. Das Gebiet wurde abgesperrt und ausgeschildert. Die Yuma Marine Corps Air Station (MCAS) im nahe gelegenen Arizona bestätigte, dass es einen Absturz gegeben habe.

Ein Reporter aus San Diego schrieb auf Twitter, dass das Flugzeug "mit nuklearem Material beladen war und mindestens fünf Personen an Bord hatte". Später fügte er hinzu, dass die Behörden in Imperial County davon ausgingen, dass alle fünf Menschen an Bord ums Leben gekommen seien.

Später teilte die Naval Air Facility El Centro mit:

"Entgegen ersten Berichten befand sich kein nukleares Material an Bord des Flugzeugs." Um welchen Typ es sich bei dem abgestürzten Flugzeug handelte, wurde nicht bekanntgegeben. Allerdings wurde bestätigt, dass die Maschine zum 3. Marine Aircraft Wing mit Sitz in San Diego gehörte. Das Flugzeuggeschwader nimmt derzeit an Übungen auf dem Truppenübungsplatz in Imperial County teil, der von der MCAS Yuma aus betrieben wird. Auf der Facebook-Seite der MCAS Yuma wurden zuletzt am Dienstag Fotos von einer Übung zum Transport von Kampfmitteln vom 25. Mai veröffentlicht. Bei dem auf den Fotos gezeigten Flugzeug handelt es sich um eine MV-22B Osprey, ein von den Marines betriebenes Kipprotor-Flugzeug, das wegen mangelnder Sicherheit umstritten ist. Das Flugzeug hat normalerweise eine vierköpfige Besatzung.

Vier Marines kamen im März ums Leben, als ihre Osprey während NATO-Übungen in Nordnorwegen abstürzte. Weitere vier starben bei zwei Zwischenfällen, 2017 in Australien und 2015 auf Hawaii.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1935bb480cc506425d9d5.jpg Eine MV-22 Osprey des US Marine Corps über der Barry M. Goldwater Range östlich der Marine Corps Air Station in Yuma, Arizona.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9.6.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 300 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 155mm- und 122mm-Rohrartillerie, Mehrfachraketenwerfern "Grad" sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei **starb ein Zivilist und 11 wurden verletzt, darunter ein Kind von 6 Jahren**. 20 Wohnhäuser, ein Fahrzeug und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen. Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden 2 Panzer, ein

Schützenpanzer, 3 Schützenpanzerwagen, 2 Munitionstransportfahrzeuge und 50 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 5 Feuerpunkte des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Peski unterdrückt.

9:45 de.rt.com: Moskau: Westliche Informationsaktivitäten nehmen aufgrund der sich verschlechternden Lage der ukrainischen Streitkräfte zu

Die russische Föderale Agentur für Nationalitätenfragen (FADN) hat einen zunehmenden Informationseinfluss aus dem Ausland festgestellt, der darauf abzielt, die Lage in Russland zu destabilisieren, und der parallel zur Verschlechterung der Situation des ukrainischen Militärs an den Fronten der Spezialoperation zunimmt. Dies teilte der FADN-Pressedienst der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit:

"Das von der Föderalen Agentur für Nationalitätenfragen betriebene staatliche Informationssystem zur Beobachtung der interethnischen und interkonfessionellen Beziehungen und zur Frühwarnung vor Konfliktsituationen verzeichnet seit Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine einen zunehmenden Informationseinfluss aus dem Ausland, der auf eine Destabilisierung der Lage in Russland abzielt. Die entsprechenden Zahlen haben sich seit dem vergangenen Jahr mehr als verzehnfacht."

Der Agentur zufolge nimmt der Einfluss externer Informationen mit der Fortsetzung der militärischen Sonderoperation zu. Die Zahlen für April 2022 sind 1,5 Mal höher als die für März, während im Mai ein weiterer Anstieg um rund 25 Prozent zu verzeichnen war.

10:05 de.rt.com: Ukrainischer Gouverneur: Russland kontrolliert Großteil der Stadt Sewerodonezk

Nach schweren Kämpfen kontrolliert die russische Armee den größten Teil von Sewerodonezk. Das <u>bestätigte</u> der ukrainische Gouverneur der Region Lugansk, Sergej Gajdaj, am Mittwoch auf seinem Telegramkanal. Allerdings sollen sich nach seinen Worten ukrainische Einheiten noch im Industriegebiet der Stadt halten.

Das Video in dem verlinkten Telegram-Post zeigt Kämpfe im Industriegebiet von Sewerodonezk. Es lässt sich nicht überprüfen, wann es aufgenommen wurde. Bisher hat die ukrainische Seite behauptet, durch eine Gegenoffensive große Teile von Sewerodonezk zurückerobert zu haben. Gajdaj selbst hat wenige Stunden zuvor behauptet "die Orks" (so nennt die ukrainische Propaganda Russen) würden Sewerodonezk nicht kontrollieren.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte in einer Videobotschaft in der Nacht auf Donnerstag, in Sewerodonezk entscheide sich das Schicksal des Donbass.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/EfBaMA5wnkmR10oLqRnWgEPhUkzG6MIafnICwnJIO7dhssIkdKl7v8dfwkkf4coQROPxh0XNJoSJUIA8-ZjI8nb22BGotOx7MzaC6TAFARB9jSAChQ8z33YZRNFVWzz-LnAhW0v-

 $Yoy5ETWDQ2pG37o-v8-rsc6fO0RsxDMM6Qs0Er0kS8o9T4Mz-gAyNpm\ Xxx-F2zGU-F9Gm0tZ23BvmaDmPJjMSGHtNB4UUISKjsGyxgSH3sK-vf3Az9Exnnv1Tw-IUWgD-jiwXja6VKTTLO-4ne03TT5gjwDYhPAjvmsRtVx1NCFKfTWnca2mE6a8jPP7b-dEeCpicSPmhGjwQ$

10:25 de.rt.com: **Donezk: Fahnen der Volksrepublik durch die russische Trikolore ersetzt** Wie ein auch für RT berichtender Reporter aus Donezk <u>meldet</u>, wurden am frühen Morgen am Regierungsgebäude in Donezk Fahnen der Volksrepublik Donezk durch die Staatsflaggen der Russischen Föderation ersetzt.

Es wird vermutet, dass dies die politischen Änderungen der vergangenen Tage symbolisieren soll. Am Mittwoch hat das Oberhaupt der Volksrepublik, Denis Puschilin, die bisherige Regierung entlassen und den aus Dnepropetrowsk stammenden 36-jährigen russischen Regierungsbeamten Witalij Chotsenko mit der Bildung einer neuen Regierung betraut. Puschilin begründete dies mit der "Notwendigkeit, die Integrationsprozesse mit Russland zu beschleunigen".



 $\frac{https://cdn4.telegram-cdn.org/file/BE9So5owJMbqu7FmxYsqGLAV7RV840lSxbmxwm0P7f-4Ssp5kLmw-qXkOjuN_-}{4Ssp5kLmw-qXkOjuN_-}$

dKlQQ3v96NI4 E76YBs2RKdH Tm6WnGP2Op797WAka2GqVfNWw-

rA8fhFYEjCygFyivGEvXp XlTkbexrcJIjbsm1ETPho80w1IVgE6kbXU5R-

lqQ60MaUOrpdTzLM Xwtu TdUaIR0d7aMk4YgLeU2wj9mmeodOqOAU-

xdCjxUIDV6fe2oXP2QCe COOnXbmdZqzL-

DbtP6ncboZwPiu8Ajn 3Ue5q18D9svxR3XrnuTo1aYE7wEnvUF6Dbzp1GUoJm5KNA04R Yfr2Ku4u0x iQ.jpg

10:33 de.rt.com: **Erstmals seit vielen Jahren: Putins traditionelle Fragestunde verschoben** Der "Direkte Draht", eine Live-Fragestunde mit dem russischen Präsidenten, findet dieses Jahr nicht wie gewohnt im Juni statt. Die Veranstaltung werde verschoben, das neue Datum stehe noch nicht fest, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow.

Der "Direkte Draht", eine traditionelle Fragestunde mit Wladimir Putin, fällt diesen Juni aus. Es ist das erste Mal seit dem Jahr 2001, dass sich die Veranstaltung, bei der Bürger des Landes Fragen an den Präsidenten im Live-Format stellen, verschoben wird. "Der Direkte Draht kann in diesem Monat nicht stattfinden", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch. Er versicherte aber, dass es einen anderen Termin geben werde. Die entsprechenden routinemäßigen Vorbereitungen liefen bereits. Womit die Verzögerung zusammenhängt, ließ er offen.

Der "Direkte Draht" findet einmal jährlich seit dem Jahr 2001 statt. Die Bürger stellen ihre

Fragen per Live-Schalte, telefonisch, online oder per SMS. Bei der ersten Veranstaltung wurden 400.000 Fragen eingereicht. Seitdem stieg diese Zahl kontinuierlich und betrug im Jahr 2015 bereits mehr als drei Millionen. Auch die Dauer des Programms wurde immer länger. Im Jahr 2013 stand Putin fast fünf Stunden lang Frage und Antwort. Eine weitere Rede des Präsidenten vor der Föderalen Versammlung, die für den April geplant war, wurde ebenfalls abgesagt. Ein neuer Termin steht noch nicht fest. "Sie soll noch in

diesem Jahr stattfinden. Aber es gibt noch kein genaues Datum", erklärte Peskow.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1ad5348fbef708136fb87.jpg Cafébesucher auf der Krim sehen sich den "Direkten Draht" mit Wladimir Putin an

Telegram-Kanal des Stabs für Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 9. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 231 Ortschaften, einschließlich Swjatogorsk und Tatjanowka, befreit und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt. Es finden Kämpfe um Slawjansk statt.

10:45 de.rt.com: **DVR: Erstürmung von Slawjansk hat begonnen, dpa meldet, dass Russland eine längst eingenommene Stadt "ins Visier nimmt"**

Der Stab der Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk hat den Beginn der Erstürmung der Stadt Slawjansk verkündet.

In der Mitteilung auf Telegram zur Lage an der Front heißt es weiter:

"Am 9. Juni 2022 hatte ein Zusammenschluss von DVR- und LVR-Kräften im Gebiet der Donezker Volksrepublik mit Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte 231 Siedlungen, darunter Swjatogorsk und Tatjanowka, befreit und vollständig unter Kontrolle gebracht." Unterdessen wird der britische Geheimdienst am Donnerstag von der dpa mit der Meldung zitiert, die russischen Truppen würden die ostukrainische Stadt Isjum "ins Visier nehmen". Tatsächlich ist Isjum spätestens seit Anfang April unter russischer Kontrolle, die Kampfhandlungen finden seitdem südlich der Stadt statt. Die Formulierung im Twitter des britischen Verteidigungsministeriums ist anders, als sie von dpa zitiert wird.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/cerYYoOJnQDXO8q4DGxFG0nfMURBeRFNRNfScRVmkVBOqpJkvV2WF663NpZ4fCgNFkDQnEvcG1e0f3teY8g745VK7X1NjMA8YR1NdmX2KWX6AchDp9-w96s-7kWj0soFPuoWiWpY4Rz08ZCmY0WIOy9FEZ--xX-E-RmRi2V9LOT7KkNEjXpnpklmMuyhvIBMneKXkSBxjTbNIfq7sY4EpR9mkRcVfHMbp1iFWJHzs3q-

p0qeWhVyAxH66kDiDFNFLOohbbr3c45ToFVs9ZElbJCPjuokfdV3TyaHXXyZYnssMr9X9fRDRzWU9Dh_Br6UdzngFISZ8PSVBAVDrIWQ.jpg

12:45 (11:45) novorosinform.org: Resnikow sprach über die schweren Verluste der Streitkräfte der Ukraine an der Front

Der Chef des Verteidigungsministeriums beklagte das unzureichende Tempo der Waffenlieferungen aus anderen Ländern.

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexej Resnikow gab eine Reihe von Erklärungen ab, in denen er über die aktuelle Situation an der Front sprach, berichtet "Politika Strana". Generell schätzte Resnikow die Situation an der Front als schwierig für die ukrainische Armee ein. Jeden Tag verlören die Streitkräfte der Ukraine etwa 100 getötete Kämpfer und etwa 500 weitere Verwundete.

Was die an die Ukraine gelieferten Waffen betrifft, sagte der Minister, dass sie nicht ausreichten, obwohl die polnischen <u>Selbstfahrlafetten "Krab"</u> bereits an vorderster Front stünden. Resnikow äußerte sich allgemein unzufrieden mit dem Tempo der Militärhilfe für Kiew.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/83/46283 720x405.jpg

11:49 de.rt.com: **Durchgesickerte Dokumente entlarven US-"Wahrheitsministerium"**Zwei US-Senatoren fordern vom US-Heimatschutzministerium Zugriff auf Informationen und Dokumente zum geplanten Desinformationsgremium der US-Regierung. Geleakten Dokumenten zufolge sollte die geplante Behörde zu einem Zensurwerkzeug Washingtons werden.

Laut geleakten Dokumenten, die Abgeordneten der Republikanischen Partei zugespielt wurden, hatte die US-Regierung unter Joe Biden weitreichende Ziele für ihr geplantes Desinformationsgremium, einschließlich der Nutzung von Social-Media-Plattformen zur Entfernung von Beiträgen, die die US-Regierung für falsch hält.

In einem offenen Brief an Alejandro Mayorkas, den Chef des US-Heimatschutzministeriums (DHS), der am Mittwoch veröffentlicht wurde, drängen die republikanischen Senatoren Chuck Grassley und Josh Hawley unter Berufung auf Whistleblower-Akten auf Zugang zu Einzelheiten über das DHS Disinformation Governance Board (DGB).

Die Behörde "plante, ihre Bemühungen zu koordinieren, um Verbindungen zu Social-Media-Plattformen zu nutzen, um die Entfernung von Benutzerinhalten zu ermöglichen", so die Senatoren in einer Pressemitteilung. Sie hoben hervor, dass die Behörde Big-Tech-Webseiten nutzen wollte, um "ihre Agenda durchzusetzen".

Obwohl das Projekt vor kurzem aufgrund der öffentlichen Reaktionen nach seiner Vorstellung im April gestoppt wurde – Kritiker verglichen es mit einem staatlichen

"Wahrheitsministerium" –, sagten die Senatoren, dass die Dokumente dennoch "ernsthafte Bedenken" über die Bemühungen der US-Regierung aufwerfen. Die Politiker stellten fest: "Der DGB wurde gegründet, um weit mehr als eine einfache 'Arbeitsgruppe' zu sein, die 'Richtlinien, Standards und Leitlinien' für den Schutz der Bürgerrechte und bürgerlichen Freiheiten entwickeln soll."

"Tatsächlich zeigen DHS-Dokumente, dass der DGB als zentraler Knotenpunkt, Clearinghouse und Gatekeeper für die Verwaltungspolitik und die Reaktion auf alles, was als 'Desinformation' eingestuft wird, konzipiert wurde."

Grassley und Hawley argumentierten, dass die Biden-Regierung keine klare Definition von "Desinformation" geboten und das DHS-Gremium schon in seiner frühesten Phase ernsthafte Voreingenommenheit gezeigt habe. Trotz der Zusicherungen, dass es unpolitisch bleiben würde. Insbesondere verwiesen die Senatoren auf die Beamtin Nina Jankowicz, die mit der Leitung des DGB betraut wurde. Diese sei "eine bekannte Vertreiberin ausländischer Desinformationen und liberaler Verschwörungstheorien".

Jankowicz sei möglicherweise vor allem wegen ihrer Beziehungen zu Führungskräften bei Twitter eingestellt worden, behaupteten die Senatoren. Sie fügten hinzu, dass die geleakten Materialien belegen würden, dass das Weiße Haus geplant habe, Verbindungen zu Social-Media-Unternehmen zu "operationalisieren", um "seine politischen Ziele umzusetzen".

Aus Ende April erstellten Konferenznotizen geht hervor, dass Robert Silvers, ein hochrangiger DHS-Beamter, ein Treffen mit Twitter-Führungskräften geplant hatte, um das Disinformation Governance Board zu besprechen. Allerdings bleibt unklar, ob das geplante Treffen jemals stattfand.

Die beiden Senatoren forderten Mayorkas auf, dem DGB mehr Informationen über die Ziele des Ministeriums bereitzustellen. Einschließlich der Antwort auf die Frage, ob es jemals Social-Media-Firmen aufgefordert hat, Nutzerbeiträge "zu zensieren, zu kennzeichnen, mit Kontext zu versehen oder zu entfernen" sowie Konten zu sperren.

Weiter verlangten die Senatoren Dokumente und Mitteilungen im Zusammenhang mit Jankowicz und forderten die US-Regierung auf, ihre Definition für "strafbare Desinformation" zu nennen. Außerdem riefen sie die Regierung dazu auf, mitzuteilen, "wer genau letztendlich für diese Entscheidung verantwortlich ist".



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1b325b480cc78fe238395.jpg

12:58 (11:58) novorosinform.org: Russisches Militär zerstörte ein Ausbildungszentrum für Söldner in der Region Schitomir

Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben mit hochpräzisen luftgestützten Raketen ein Ausbildungszentrum mit ausländischen Söldnern in der Region Schitomir in der Ukraine angegriffen, sagte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow.

Laut Konashenkov befand sich das Ausbildungszentrum für die Ausbildung und Koordination ausländischer Söldner in der Nähe der Siedlung Nowograd-Wolynskij.

Darüber hinaus starteten die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte tagsüber Raketenangriffe auf zwei Kommandoposten, zerstörten ein Osa-AKM-

Flugabwehrraketensystem in der Region Rasdolowka in der DVR, ein Munitionsdepot in der Nähe von Paraskowiewka in der LVR, und trafen 23 Orte der Ansammlung von Kämpfern und Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/87/46287_720x405.jpg

nachmittags:

12:15 de.rt.com: **Ukrainische Artillerie beschießt Bergarbeiterstadt Stachanow**Die ukrainische Artillerie hat am Donnerstag erneut eine Stadt in der Volksrepublik Lugansk unter massiven Beschuss genommen. Diesmal traf es die Bergarbeiterstadt Stachanow. Auf aktuellen <u>Aufnahmen</u> aus der Stadt sieht man zerstörte und beschädigte Ein- und Mehrfamilienhäuser. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Lugansk kamen bei der Attacke mindestens drei Zivilisten ums Leben.

Stachanow liegt etwa 30 Kilometer von dem aktuellen Frontverlauf entfernt und gehörte schon vor dem 24. Februar zum von der Lugansker Volksrepublik kontrollierten Territorium. 2019 hatte die Stadt 74.000 Einwohner.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/MmSGLS5YE11Lz3xWMAxUJH2itAoSPAS7UZoe4pPH79cT6KidA2ZYeR2ue8ktu4Icz5Eyf6NrI7lS_-zyjmXE6-

4jG1aAmmDEZXxoUbuelVqlDKrL9I8FEtPk9pVq0dyLHHyjNElV_UHe5VexofhTjR4CHm Gdd23fxE0rfIqTTwPaF-lKLZkk05E5SMC8I1XVybtB6WifQvIRIp8wavTOFWwqz1-MWGYlMGSbt3dP_GER33hwcDfB4DdI2km5W64AdOIiiDLvxZ12yFMrtMpCY27Fc695K asmv_h7sl2KYNKwbddquonVqT4Fifrrwuj_7_TRr8OzyOv3V7-CYaHMGQ.jpg

13:40 (12:40) novorosinform.org: **Das Oberhaupt der LVR ernannte einen neuen Ersten stellvertretenden Regierungschef**

Durch Dekret des Oberhaupts der LVR wurde Wladislaw Kuznezow zum Ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung der Republik ernannt.

Wie im Telegram-Kanal der Regierung berichtet, wurde Wladislaw Kuznezow 1969 in Moskau geboren und hat eine Hochschulausbildung, die er am Moskauer Institut für Management "Sergo Ordschonikidse" absolvierte.

Es wird mitgeteilt, dass Kusnezow seit 2013 in die Staatsversammlung des Kurultai der Republik Baschkortostan ... gewählt wurde.

Darüber hinaus ist Kusnezow seit dem 9. Januar 2019 Vizegouverneur der Region Kurgan in Russland.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/91/46291 720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **Gesandter Selenskijs rechnet mit EU-Kandidatenstatus für Ukraine** Der "Sondergesandte für eine EU-Beitrittsperspektive" des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij hat sich nach zweitägigen Gesprächen in Berlin zuversichtlich gezeigt, dass sein Land den Kandidatenstatus für die Europäische Union erhalten wird. Wenn die EU-Kommission in der kommenden Woche eine entsprechende Empfehlung abgebe, gehe er von einer Zustimmung der 27 Mitgliedstaaten bei ihrem Gipfeltreffen am 23. und 24. Juni in Brüssel aus. Dabei rechnet Aleksei Tschernyschow, so der Name des Gesandten, auch mit einer Zustimmung Deutschlands:

"So wie wir es verstehen, werden sie (die Bundesregierung) nicht im Weg stehen, wenn der Bericht (der EU-Kommission) positiv ausfällt."

Tschernyschow ist einer von vier Sondergesandten, die derzeit in den EU-Mitgliedstaaten für eine Beitrittsperspektive der Ukraine werben. Er hatte am Dienstag und Mittwoch in Berlin unter anderem Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (SPD), Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) und in Abwesenheit von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) ihren Staatsminister Tobias Lindner (Grüne) getroffen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a1ca82b480cc5b996efaa6.jpg Tschernyschow (li.) mit Berlins Regierender Bürgermeisterin Giffey und Botschafter Melnyk

12:48 de.rt.com: **VW bietet Mitarbeitern im Werk Nischni Nowgorod an, freiwillig zu kündigen**

Volkswagen hat seinen Mitarbeitern im Werk Nischni Nowgorod angeboten, noch im Juni freiwillig zu kündigen und dafür mehrere Monatsgehälter zu kassieren. Das berichtete die russische Zeitung Kommersant unter Berufung auf ein Schreiben der Gewerkschaften an den Personalchef der Volkswagen Group Rus.

In dem Schreiben heißt es, dass Mitarbeiter, die ihren Arbeitsvertrag vor dem 17. Juni freiwillig kündigen, sechs Monatsgehälter erhalten werden. Wenn sie bis zum 29. Juni kündigen, erhalten sie fünf Monatsgehälter. Betroffen seien rund 200 Mitarbeiter, berichtete die Zeitung Kommersant unter Berufung auf Gewerkschaftsangaben. Die Volkswagen Group Rus bestätigte diese Informationen und sagte, dass sie den Mitarbeitern, die das Unternehmen verlassen möchten, finanzielle Entschädigung und eine Krankenversicherung bis Ende des Jahres angeboten habe. Gleichzeitig betont das Unternehmen, dass es "keine Massenentlassungen" in Nischni Nowgorod gebe. Die Marke VW wolle den Markt nicht verlassen, behaupten Quellen der Zeitung.

Aufgrund der Sanktionen und des Ausfalls von Lieferketten haben einige große Autohersteller, darunter auch Volkswagen, ihre Aktivitäten in Russland vorerst eingestellt. Darüber hinaus traten Ende Mai US-Sanktionen gegen die GAZ-Gruppe in Kraft, die die Produktion ausländischer Autos in Nischni Nowgorod praktisch unmöglich machen. In den Fabrikhallen von GAZ werden auch Fahrzeuge der Volkswagen-Marken montiert. Am 3. März hatte Volkswagen die Einstellung seiner Geschäfte in Russland bekannt gegeben. Seitdem stehen die Werke in Nischni Nowgorod und in Kaluga still. Die Mitarbeiter vor Ort erhalten laut Medienberichten derzeit eine Entschädigung in Höhe von zwei Drittel ihres Gehaltes.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1b9aa48fbef44e37e3f47.jpg Ein Arbeiter im Autowerk von GAZ in Nischni Nowgorod

13:20 de.rt.com: **Deutsche Waffen für die Ukraine könnten erst im Winter einsatzbereit sein**

Laut einem Bericht der Zeitung Business Insider könnte sich die Lieferung der meisten von Deutschland an die Ukraine zugesagten schweren Waffen um Monate verzögern. So sei etwa das von Bundeskanzler Olaf Scholz der Ukraine versprochene Luftabwehrsystem Iris-T bereits von Ägypten bestellt worden, sodass die Regierung in Kairo zuerst darauf verzichten müsste, zugunsten der Ukraine. Wie die Zeitung unter Verweis auf Regierungsquellen berichtet, könnte das System wohl erst im November oder Dezember einsatzbereit sein. Die Lieferung von Schützenpanzern, die im Rahmen eines Ringtauschs mit Deutschland aus Griechenland geliefert werden sollten, könnte durch die Befürchtungen Athens hinsichtlich verstärkter Spannungen mit der Türkei verzögert werden. So soll die griechische Regierung erklärt haben, dass die gegenwärtig auf den Inseln der Ägäis stationierten Schützenpanzer sowjetischer Bauart erst dann an die Ukraine übergeben werden können, wenn alle 50 Marder-Schützenpanzer aus Deutschland in Griechenland ankommen. Dieser Prozess könnte sich noch bis in den Spätherbst hinziehen.

Und letztlich werde auch die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern des Typs Mars II eine Umprogrammierung der Bord-Software erfordern, damit die Fahrzeuge die von der Ukraine eingesetzte US-amerikanische oder britische Munition abfeuern können. Dies könnte ebenfalls noch Monate in Anspruch nehmen.

Die Autoren des Artikels im Business Insider zogen daher den Schluss, dass Deutschland der Ukraine im Sommer nur die Gepard-Flakpanzer sowie möglicherweise die Panzerhaubitzen zu Verfügung stellen könnte. Die dringender benötigten Flugabwehrsysteme und Mehrfachraketenwerfer könnten allerdings gegen die im August vermutete, potenziell kriegsentscheidende russische Offensive zu spät kommen, so Business Insider.



 $\underline{https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a1c17c48fbef748252d103.jp} \\ g$

Ein deutscher Mars-Mehrfachraketenwerfer

14:29 (13:29) novorosinform.org: **Zwei "Asow"-Kämpfer wurden in der DVR zum Tode verurteilt – Quelle**

Der Soldat des Asow-Bataillons Konstantin "Fox" Nikitenko und sein Kollege Nikolai mit dem Rufzeichen "Frost" werden in der DVR erschossen. Das berichtete der Telegram-Kanal "Troika" unter Berufung auf eigene Quellen.

Fox und Frost ergaben sich zusammen mit anderen Nationalisten, die sich in den Katakomben von Asowstal versteckten. Jetzt werden die Kriegsverbrechen von jedem von ihnen untersucht.

So wurde die Beteiligung des Schützen eines BTR-4 Konstantin Fox an der Hinrichtung von russischen Militärs bereits aufgedeckt. Einer der wichtigsten Beweise war ein Video, das von "Asow" selbst gepostet wurde.

Frosts Nachname ist der Öffentlichkeit noch unbekannt, aber dank der "Medien" des Kriegsgefangenen gibt es unwiderlegbare Beweise für seine Verbrechen. Nikolai betrieb einen Telegram-Kkanal, auf dem er Videos von der Hinrichtung verwundeter russischer Soldaten veröffentlichte. Bevor er sich ergab, schloss er den Kanal.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/97/46297_720x405.jpg

13:45 de.rt.com: Neues Logo der ehemaligen McDonald's-Kette in Russland vorgestellt

Nach dem offiziellen Weggang von McDonald's aus Russland und der Übernahme der Filialen in russischen Städten durch einen der früheren Franchisenehmer, ändert sich für die russischen Fastfood-Süchtigen einiges. Zumindest äußerlich.

Über das neue Logo ist man bereits geteilter Auffassung: Jeder hat da eigene Assoziationen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/miEQURIXKjnPQpCZfIYIn45HT0-YzzyfMGoVRWS-zJgwsW4Q2va2sqCANp5FqtiEWm7XhjlGD9HLZd7RzjfpEY9nw61Nl7eyxNvwAFU8q4FBBkGbZ3YtU9t6LJsVC6fWCKYseLFeNMlLMKTznuxJzJ2ZXUO5Tvwq4IJpuvtlTW5XFruZHY-MqZAAGL6slAJHtLYxZSxpfYBwqXLTCuS5-

<u>i1uxByvGBDEkjHpOtgZGg6Fzv2dbzwNmKDOsHpVHLPHpfHNi2f4fNNOsfh9s8QXwXoibdFIJV8-QZzijMNEaulmFPQztyF1xJLbGSvoTjCEbz2NbJzWIKDPSXVEbQrYw.jpg</u>

14:00 de.rt.com: Medienbericht: USA und Großbritannien werden ukrainische Soldaten an westlichen Raketenwerfern ausbilden

Der Vorsitzende des US-amerikanischen Vereinigten Generalstabs Mark Milley hat der Zeitung Washington Post erklärt, dass die USA und Großbritannien einen Plan zur Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger an westlichen Mehrfachraketenwerfern entwickelt hätten. Wie aus der Publikation hervorgeht, ist zunächst die Ausbildung einer Kompanie im Rahmen eines Schnellehrgangs geplant. Laut Milley werde die Ausbildung drei bis vier Wochen dauern und soll einen effektiven Einsatz der gelieferten Waffensysteme ermöglichen. Gleichzeitig hat der General eingeräumt, dass die russischen Kräfte im Donbass gegenwärtig der ukrainischen Artillerie an Feuerkraft und Wirkungsradius überlegen seien. Zuvor hatte die US-Regierung die Lieferung von vier Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS und zugehöriger Munition an die Ukraine gebilligt. Nach Einschätzung der Washington Post demonstrieren Milleys Erklärungen die steigende Wahrscheinlichkeit weiterer Lieferungen dieser Waffensysteme.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a19a6db480cc78fe238377.jpg

Ein Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS im Einsatz. Vier solcher Systeme wurden bereits an die Ukraine geliefert.

15:03 (14:03) novorosinform.org: **Die Armee der DVR zerstörte Drohnen-Kontrollposten** Die Volksmiliz der DVR liquidierte sechs ukrainische UAV-Kommandoposten, erklärte Eduard Basurin, stellvertretender Leiter der Volksmiliz der DVR, in der Sendung von "Rossija 24".

In den letzten Tagen wurde insbesondere der Beschuss von Donezk und seinem Zentrum durch Drohnen korrigiert. Der DVR-Armee gelang es, sechs UAV-Kommandoposten zu entdecken und vollständig zu zerstören.

Außerdem gerieten vier MLRS "Grad" und zwei Feldartillerie-Depots der Streitkräfte der Ukraine unter das Feuer des Militärs der Republik.

Gestern hatten ukrainische Formationen gestern den zentralen Platz der Hauptstadt der DVR und das Regierungsgebäude angegriffen. Mehrere Menschen wurden dabei verletzt, darunter eine schwangere Frau und ein Kind.



https://www.novorosinform.org/content/images/63/00/46300 720x405.jpg

15:23 (14:23) nocorosinform.org: Die EU forderte alle Länder auf, kein aus der Ukraine exportiertes Getreide aus Russland zu kaufen

Der Sprecher des Auswärtigen Dienstes der EU, Peter Stano, sagte, dass die Länder vor dem Kauf von Getreide dessen Herkunft überprüfen sollten.

Ihm zufolge weigerte sich Ägypten, Getreide zu kaufen, das Moskau angeblich Kairo angeboten hatte. Stano forderte alle Länder der Welt auf, dem Beispiel Ägyptens zu folgen und das "in der Ukraine gestohlene Getreide" nicht von Russland zu kaufen.

"Wir fordern sie dringend auf, sich vor dem Kauf über die Herkunft des Getreides zu informieren", <u>zitiert</u> ihn TASS.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Ausschusses des Föderationsrates der Russischen Föderation für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau, Andrei Klishas, erklärt, dass Russland keine rechtlichen Verpflichtungen beim Aufbau von Logistikketten für den Export von Getreide aus der Ukraine habe.



https://www.novorosinform.org/content/images/63/03/46303 720x405.jpg

15:34 (14:34) novorosinform.org: Streitkräfte der Ukraine haben das Pobeda-Stadion in Stachanow in der LVR zerstört

Als Folge des Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine wurde das Pobeda-Stadion in Stachanow zerstört, sagte Alexej Getmanskij, Offizier der LVR-Vertretung in der GZKK. "Mehrere private Wohnbauten wurden zerstört und beschädigt, auch das Stadion wurde zerstört", sagte Getmanskij.

Gleichzeitig sagte der Chef der Stadtverwaltung, Sergej Shewlakow, dass das Stadiongebäude kürzlich komplett renoviert worden sei.

Auch die Repräsentanz der LVR im GZKK registrierte den Einschlag ukrainischer Granaten auf den Straßen im Stadtzentrum.



https://www.novorosinform.org/content/images/63/04/46304 720x405.jpg

15:21 de.rt.com: **USA: Wichtige Anlage für LNG-Exporte durch Explosion beschädigt – wochenlanger Lieferstopp**

Eine der größten US-Anlagen zur Herstellung von Flüssigerdgas (LNG) für den Export wurde durch eine Explosion und einen anschließenden Brand schwer beschädigt. Das wichtige Exportterminal in Texas soll für mindestens drei Wochen geschlossen bleiben. Die Märkte reagierten bereits.

Eine Explosion hat eine der wichtigsten Großanlagen zur Produktion von Flüssigerdgas (LNG) in den USA so schwer beschädigt, dass diese ihren Betrieb für mindestens drei Wochen einstellen muss. In der Anlage an der texanischen Golfküste brach nach der Explosion ein Feuer aus. Der Vorfall hatte sich am Mittwoch gegen 11.40 Uhr lokaler Zeit in

Quintana, etwa 112 Kilometer südlich von Houston ereignet.

Das Betreiber-Unternehmen Freeport LNG machte bislang keine Angaben zur Brandursache, sondern teilte lediglich mit, dass es keine verletzten Mitarbeiter bei dem "Zwischenfall" gegeben habe und dass das Feuer inzwischen unter Kontrolle sei. Für die Bevölkerung bestehe keine Gefahr. Seitens des Konzerns hieß es zudem am Mittwochabend:

"Infolge des heutigen Brandes ist die Anlage von Freeport LNG derzeit abgeschaltet und wird für mindestens drei Wochen außer Betrieb bleiben."

Das Ausmaß des Sachschadens ist noch unklar. Nachdem einige Zeugen von einem ohrenbetäubenden Knall und einer großen Rauchwolke in der Gegend berichtet hatten, zeigten auch <u>Luftaufnahmen</u> lokaler Fernsehsender Feuerwehrleute bei Löscharbeiten im Werk

In dem Freeport-Terminal können täglich etwa zwei Milliarden Kubikfuß Erdgas (bcfd) abgekühlt und verflüssigt werden. Über die Anlage werden fast 20 Prozent der gesamten US-LNG-Exporte abgewickelt. Das Werk von Freeport beliefert unter anderem BP und Total in Europa sowie Jera und Osaka Gas in Japan.

Insgesamt beliefen sich die US-amerikanischen LNG-Exporte im Jahr 2021 auf etwa 9,75 Kubikfuß pro Tag und erreichten in diesem Jahr einen Rekordwert von 100 Milliarden Kubikmetern, wie die Angaben der US-Statistikbehörde Energy Information Administration zeigen. Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine Ende Februar versuchen vor allem europäische Staaten, ihre Abhängigkeit von russischen Energieträgern durch den Kauf von Flüssigerdgas zu verringern. Laut einem Bericht von Bloomberg haben die Vereinigten Staaten in den ersten vier Monaten dieses Jahres fast drei Viertel ihres LNG nach Europa exportiert.

Die vorläufige Schließung der Anlage an der texanischen Golfküste dürfte deshalb auch weitreichende Auswirkungen auf die globalen Märkte, vor allem auf die europäischen und asiatischen, haben. Während die Erdgas-Preise in den USA am Mittwoch um mehr als 6 Prozent einbrachen, trieb der Vorfall die Preise in Europa in die Höhe. Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge stiegen die europäischen Gaspreise am Donnerstag bereits um bis zu einem Fünftel. Demnach befürchteten die Händler, dass der Ausfall der US-Lieferungen einen Markt belasten würde, der ohnehin bereits mit reduzierten russischen Lieferungen zu kämpfen habe, so Reuters weiter.

Hierbei handele es sich um "einen bedeutenden Produktionsausfall in einer großen US-Anlage", zitiert Reuters einen Experten. Freeport LNG würde rund vier Ladungen pro Woche verschiffen und diese dreiwöchige Unterbrechung würde mindestens eine Million Tonnen LNG vom Markt nehmen, erklärte der Experte gegenüber der Nachrichtenagentur. Dies bedeute "Knappheit", was zu höheren Preise führen werde.

Insbesondere Europa sieht sich aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Unterbrechung der Versorgungsketten und der beispiellosen westlichen Sanktionskampagne gegen Moskau bereits mit einer großen Energiekrise konfrontiert. Trotz aller Bemühungen, die Beziehungen zu beenden, bezieht die Europäische Union immer noch etwa 40 Prozent ihrer gesamten Erdgaseinfuhren aus Russland. Dies erfolgt größtenteils über Pipelines. So hat die Staatengemeinschaft im Jahr 2021 rund 155 Milliarden Kubikmeter gekauft.

Die US-Exporte in die EU beliefen sich im vergangenen Jahr auf etwas mehr als 22 Milliarden Kubikmeter. Präsident Joe Biden hatte jedoch angekündigt, die LNG-Lieferungen 2022 um 15 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen. Doch einige Analysten sind der Meinung, dass die USA bereits mit ihrer vollen Kapazität produzieren und dass zusätzliche Gasverkäufe nach Europa von den für andere Abnehmer bestimmten Exporten abgezogen werden müssten.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1d1e9b480cc506425da11.jpg

15:45 de.rt.com: Leiter des Untergrundnetzwerks der Territorialverteidigung von Cherson verlässt seinen Posten und ruft zur Aufgabe des Widerstands auf

Walentin Bondarenko, Personalleiter der ukrainischen 124. Territorialverteidigungsbrigade im Gebiet Cherson und ebenfalls Leiter des Untergrundnetzwerkes von Informanten, hat verkündet, dass er sein Amt niederlegen werde. Darüber hinaus rief er seine Kampfgefährten zur Einstellung des Widerstands auf. Während einer Pressekonferenz mit russischen Journalisten erklärter er RIA Nowosti zufolge:

"Ich möchte verkünden, dass ich mein Amt vollständig niederlege. Meine Entscheidung ist ganz bewusst und freiwillig. Ich unterstütze weder die Regierung von Selenskij und Poroschenko noch das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, da ich sie für Lakaien des Westens und Verräter am ukrainischen Volk halte."

Bondarenko warf der ukrainischen Regierung vor, Falschinformationen zu verbreiten und sich nicht um die Bewohner des Gebietes zu kümmern:

"Alle in Cherson sehen, wie der Stadtrand und das Zentrum beschossen werden. Dabei verbreiten die ukrainischen Medien darüber komplette Lügen. Sie erzählen uns von mythischen Erfolgen und einer Offensive an der Front, dabei ist klar, dass das Lügen sind. Russland kümmert sich um die Bewohner von Cherson in einer Weise, die unter der ukrainischen Herrschaft so nicht existierte."

In der vergangenen Woche hatte der ehemalige Befehlshaber des 124. Chersoner Territorialverteidigungsbataillons, Dmitri Kusmenko, die ukrainische Militärführung beschuldigt, ungelernte Kämpfer in den Tod geschickt zu haben, um den eigenen Rückzug zu decken. Anschließend hatte Kusmenko erklärt, dass er die russische Staatsbürgerschaft beantragt habe.

15:49 de.rt.com: China und zentralasiatische Staaten beschließen engere Kooperation – auch im Sicherheitsbereich

Nur wenige Tage nach dem Ende der diplomatischen Pazifik-Offensive des chinesischen Außenministers Wang Yi reiste der Chefdiplomat Pekings nach Zentralasien. Auch dort konnte er eine Zusage zum Ausbau der Beziehungen zu China erreichen.

Chinas Außenminister Wang Yi nahm am Mittwoch am dritten Treffen der Außenminister Chinas und der zentralasiatischen Staaten in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan teil. An dem Treffen nahmen neben Wang Yi die Außenminister des Gastgeberlandes, Kasachstan, sowie Turkmenistans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans teil, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Die beteiligten Vertreter erklärten, dass der weitere Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten und China wichtig für die Aufrechterhaltung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Region sowie für eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung sei.

Der chinesische Chefdiplomat betonte, dass China und Zentralasien, die sich so nah seien wie Lippen und Zähne, eine Schicksalsgemeinschaft bildeten und sich weiter Seite an Seite entwickelten. Unabhängig von Veränderungen in der Weltpolitik werde China immer die zentralasiatischen Staaten dabei unterstützen, ihre Souveränität und Unabhängigkeit zu schützen, Entwicklungswege zu verfolgen, die ihren nationalen Bedingungen entsprechen und ein autonomes Zentralasien aufzubauen.

China wolle die zentralasiatischen Länder bei der Aufrechterhaltung der politischen Sicherheit und der sozialen Stabilität, dem Aufbau eines friedlichen Zentralasiens, der Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Verbesserung des Wohlergehens der Menschen, dem Aufbau eines wohlhabenden Zentralasiens sowie der Festigung der gegenseitigen Solidarität und der Selbstentwicklung entschlossen unterstützen.

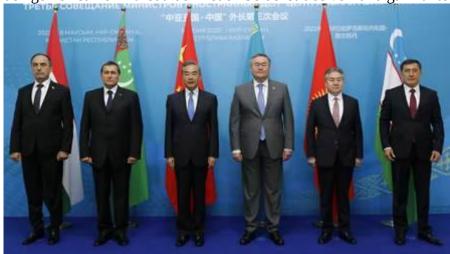
Um die gegenseitigen Beziehungen zwischen China und den zentralasiatischen Staaten zu verbessern, schlug Wang fünf Punkte vor: Erstens müssten die Staaten die Rahmenbedingungen ihrer Zusammenarbeit verbessern. Zweitens müssten sie einen "starken Motor" für die wirtschaftliche Entwicklung in der Post-Pandemie-Zeit schaffen. Drittens müssten sie den regionalen Frieden aufrechterhalten, einschließlich der Bekämpfung des Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Viertens sollten die Staaten mehrere Wege für den kulturellen Austausch zwischen ihren Völkern erkunden. Fünftens sollten die Staaten ihre Kräfte bündeln, um positiv zur internationalen Politik beizutragen, die Prinzipien der UN-Charta aufrechtzuerhalten und allen Staaten dabei zu helfen, ihre Kerninteressen zu wahren. Wang betonte, dass China in seinem Entwicklungstempo und in seiner Entschlossenheit, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, nicht nachlassen werde. Peking wolle weiterhin einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Wirtschaftswachstum leisten und die Gerechtigkeit in der Weltpolitik verteidigen.

Vor dem Treffen hatte Wang erklärt, dass China über mögliche Überlaufeffekte der Ukraine-Krise sehr besorgt sei. Peking werde es nicht-regionalen Kräften niemals erlauben, "Ärger" in Zentralasien anzuzetteln, wie die türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Wang sagte:

"Unter den gegenwärtigen Umständen sollte sich die (zentralasiatische) Region vor Versuchen von Kräften außerhalb der Region hüten, die Länder der Region in Konflikte mit Großmächten hineinzuziehen und sie zu zwingen, Partei zu ergreifen."

Zudem bekräftigte Wang, dass China niemals eigene geopolitische Ziele in seinen Beziehungen mit den zentralasiatischen Staaten verfolgt habe.

Die Vertreter der zentralasiatischen Staaten bedankten sich für China für die "starke Hilfe" Pekings in Infrastrukturprojekten, bei der Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Völker sowie der Förderung des Austausches zwischen den Ländern. Zudem erklärten sie, dass sie den gemeinsamen Aufbau der Neuen Seidenstraße voll und ganz unterstützen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1b7b848fbef74717535d2.jpeg

15:58 de.rt.com: Höchststrafe: Gericht in Donezk verurteilt britische Söldner zum Tod

Zwei britische und ein marokkanischer Staatsangehöriger sind am Donnerstag wegen Beteiligung an dem Krieg im Donbass auf Seiten der Ukraine zur Todesstrafe verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Das Oberste Gericht in Donezk hat am Donnerstag das Urteil gegen drei ausländische Söldner (zwei Briten und einen Marokkaner) gesprochen. Alle drei wurden für die Teilnahme an dem Krieg gegen den Donbass aufseiten der Ukraine zum Tode <u>verurteilt</u>.

Die Briten Shaun Pinner und Aiden Aslin sowie der Marokkaner Brahim Saadoun wurden in Mariupol gefangen genommen und gaben an, in der ukrainischen Marineinfanterie gedient zu haben. Sie kamen bereits vor Jahren in die Ukraine; Pinner war zuvor britischer Berufssoldat gewesen.

Der Prozess ging schnell vonstatten. Erst am zurückliegenden Wochenende hat die Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Donezk bekannt gegeben, Anklage gegen die drei Männer erhoben zu haben. In der Anklageschrift wurden Pinner, Aslin und Saadoun des Söldnerwesens und der Begehung von Straftaten beschuldigt, die auf gewaltsame Machtergreifung und Machterhalt abzielen, sowie der Ausbildung für terroristische Aktivitäten auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk (DVR).

Die Hauptverhandlung hat offenbar drei Verhandlungstage umfasst. Die Angeklagten hatten zu Beginn am 7. Juni jeweils ein Teilgeständnis abgelegt. Sie hatten weiterhin geleugnet, von den Gräueltaten des Asow-Regiments gewusst zu haben, ihre Beteiligung an Kampfhandlungen aufseiten der Ukraine und den Erhalt von Sold hierfür aber eingeräumt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Zu erwarten ist, dass die Angeklagten dagegen Rechtsmittel einlegen werden. Das Vereinigte Königreich hatte vorab angekündigt, gegen ein mögliches Todesurteil gegen die Briten Berufung einzulegen.

Die Verurteilten haben nun 30 Tage Zeit, um gegen das Urteil im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Verfahren Berufung einzulegen. Sie können zudem ein Gnadengesuch stellen. Für die Entscheidung über das Gesuch wäre das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin zuständig. Im Falle der Begnadigung würde die Todesstrafe in eine 25-jährige Haftstrafe umgewandelt.

Die Todesstrafe wird in der DVR durch Erschießung vollstreckt. Hängen wird nicht möglich sein, da zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung der Strick als Vollstreckungsmaßnahme nicht vorgesehen war.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a203a348fbef02851590b2.jpg

Der Verurteilte Aslin während der Urteilsverkündung

16:15 de.rt.com: **Kiew kündigt Minsk die Freundschaft**Die ukrainische Hauptstadt hat heute einseitig die partnerschaftlichen Beziehungen zur

weißrussischen Hauptstadt Minsk aufgekündigt. Dies teilte der Bürgermeister Kiews, Witali Klitschko, am Nachmittag in seinen sozialen Netzwerken mit.

Man könne Minsk nicht mehr als mit Kiew verbrüdert bezeichnen, behauptete der ehemalige Boxer zur Begründung.

Er <u>schrieb</u> in seinem Telegram-Kanal:

"Freunde! Heute hat der Kiewer Stadtrat Minsk den Status einer Partnerstadt entzogen. Minsk kann kaum als Partnerstadt von Kiew bezeichnet werden. Daher hat uns nichts davon abgehalten, der Hauptstadt von Belarus diesen Status zu entziehen. Es Landes, von dessen Territorium aus Raketen auf ukrainische Städte geflogen sind und russische Truppen in unseren Staat eingedrungen sind."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a1ed2448fbef73ee1c25d6.jpg Kiew hat jetzt andere Brüder und Schwestern: Klitschko mit Annalena Baerbock

16:30 de.rt.com: Artikel über Putin-Mord: Italienisches Gericht weist Klage des russischen Botschafters ab

Die einzige Lösung, den Krieg in der Ukraine zu beenden, könnte der Tod Putins sein, schrieb die italienische Tageszeitung La Stampa im März. Darauf erstattete der russische Botschafter in Rom Anzeige gegen das Blatt. Ein Gericht in Turin wies die Klage nun ab.

Die italienische Tageszeitung La Stampa hatte am 22. März einen Artikel mit dem Titel "Wenn Putins Tod der einzige Ausweg ist" veröffentlicht. Falls alle anderen Optionen den Krieg in der Ukraine nicht stoppen könnten, wäre die einzige Lösung, den russischen Präsidenten zu töten, hieß es dort. Das Blatt hatte ein Szenario durchgespielt, bei dem Putin von einem seiner Vertrauten ermordet wird. Dabei nannte der Journalist Domenico Quirico Für und Wider und entwarf Prognosen über die Zeit danach.

Sergei Rasow, der russische Botschafter in Rom, hatte wenige Tage nach der Publikation Anzeige gegen die Zeitung wegen Anstiftung und Befürwortung einer Straftat erstattet. Der Diplomat argumentierte unter Bezugnahme auf das italienische Strafgesetzbuch, dass für derartige Straftaten eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren vorgesehen sei. Er hatte gefordert, den Fall sorgfältig, objektiv und unparteiisch zu untersuchen.

Wie La Stampa diesen Donnerstag nun berichtete, hat ein Gericht in Turin die Klage des Botschafters abgewiesen. Der Artikel verstoße nicht gegen die öffentliche Sicherheit und rufe nicht gezielt zur Begehung von Straftaten auf, beschloss die Staatsanwaltschaft. Diesen Montag war Rasow außerdem ins italienische Außenministerium vorgeladen worden. Wie der Pressedienst der italienischen Behörde mitteilte, seien alle Vorwürfe der russischen Seite, die eine antirussische Kampagne in den italienischen Medien kritisiert hatte, zurückgewiesen worden.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1f06b48fbef747175363d.jpg Sergei Rasow, der russische Botschafter in Rom

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 9. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 19 befreiten Ortschaften wurden Renten- und Sozialzahlungen durchgeführt.

In Strodubowka wurden Tests für die Inbetriebnahme einer Basisstation des

Mobilfunkoperators "Phönix" durchgeführt, in Slatoutowka, Pawlopol und Komsomolskoje wurden Arbeiten zur Reparatur von Ausrüstung durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 3000 Menschen, eine

Einrichtung der Gesundheitsversorgung und 3 Sanitätspunkte nahmen ihre Arbeit wieder auf. 103 Ärzte wurden eingestellt.

An der Eisenbahnstation Wolnowacha wurden 600 Meter Oberleitung montiert. An der Strecke Sartana – Mariupol wurden 3100 Meter Oberleitung montiert.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 24 Hektar Territorium und mehr als 6000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 137 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol 5450 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Sehr geehrte Einwohner der Donezker Volksrepublik!

Im Zusammenhang mit der starken Verschärfung der militärischen Situation, mit zunehmenden Beschüssen von Ortschaften der Donezker Volksrepublik wurde, um Leben und Gesundheit der Bürger zu schützen, auf dem Gebiet der DVR ein System zur Benachrichtigung der Bevölkerung mit Elektrosystemen in Betrieb genommen.

Wenn die Sirenen ertönen, müssen sie in die Schutzräume gehen oder einen sicheren Ort aufsuchen.

Seien Sie aufmerksam! Gefährden Sie nicht Ihr Leben!

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:10 de.rt.com: Von der Leyen: "Wiederaufbau der Ukraine unsere moralische Pflicht"

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat während ihres Besuchs in Italien einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg gefordert. Am Donnerstag sagte sie in einer Diskussionsrunde anlässlich des Auftakts zu dem Festival "Neues Europäisches Bauhaus" in Rom:

"Wir werden die Ukraine wiederaufbauen. Das ist nicht nur in unserem Interesse, sondern auch unsere moralische Pflicht. Aber wenn wir das machen, dann machen wir es auch richtig."

Von der Leyen zufolge stand am Donnerstagnachmittag eine Debatte mit dem ukrainischen Bürgermeister der von Gefechten schwer zerstörten Stadt Mariupol, Wadim Boitschenko, und ukrainischen Architekten an. Die Ukraine solle im Geiste des "Neuen Europäischen Bauhaus" aufgebaut werden, das im Zuge des EU-Plans für Klimaneutralität (Grüner Deal) auf

Nachhaltigkeit abzielt, so die Politikerin.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a1f9e148fbef44e37e3fbc.jpg

17:40 de.rt.com: Lettland will Beschlagnahme des russischen und weißrussischen Eigentums erlauben

Die lettischen Behörden arbeiten an einem Gesetz, das die Rechtsgrundlage für die Enteignung des Vermögens Russlands und Weißrusslands zugunsten des Staates schaffen soll. Am Donnerstag gab der Justizminister des Landes, Jānis Bordāns, via Twitter bekannt, eine entsprechende Anweisung an die Experten des Ministeriums erteilt zu haben. Die Arbeit an der Gesetzesvorlage soll am 17. Juni abgeschlossen sein, hieß es.

Laut Bordāns sollen im Rahmen des Gesetzes unter anderem ein russisches Kultur- und Geschäftszentrum in Riga sowie ein russisches und ein weißrussisches Sanatorium im lettischen Badeort Jūrmala beschlagnahmt werden. Nach der Verstaatlichung sollen die Objekte zur Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge, der Rehabilitierung Geschädigter sowie zur Deckung des Bedarfs des Informationszentrums genutzt werden, so der Minister. Wie Bordāns ferner angab, verfüge Lettland bereits über einen Rechtsmechanismus, gemäß dem ausländisches Eigentum im Rahmen eines Strafverfahrens beschlagnahmt werden könne. Er machte Moskau und Minsk für "Straftaten und Völkermord" in der Ukraine verantwortlich.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a20f6448fbef053202c698.jpg
Der lettische Justizminister Jānis Bordāns bei einer Demonstration zur Unterstützung der
Ukraine in Daugavpils, 3. April 2022

17:47 de.rt.com: **Medienbericht: USA streben Verbot von Uran aus Russland an** Washington erwägt Berichten zufolge, künftig auf Uranimporte aus Russland zu verzichten. Experten sind sich jedoch einig, dass die US-Wirtschaft in Bezug auf angereichertes Uran deutlich von Russland abhängig ist. Das Vorhaben kostet Washington Milliarden von US-Dollar.

In den USA wartet ein Vorhaben im Wert von 4,3 Milliarden US-Dollar auf Genehmigung durch den US-Kongress, welches darauf abzielt, die US-Wirtschaft von Lieferungen angereicherten Urans aus Russland zu entwöhnen. Das teilten ungenannte Quellen der Agentur Bloomberg mit.

Falls der Plan genehmigt wird, würden Mittel bereitgestellt, um den Brennstoff für Kernreaktoren direkt von US-Produzenten zu kaufen, sodass Washington die Importe aus Russland einstellen könnte.

Die USA sind mit einem Anteil von etwa 20 Prozent an der heimischen Stromerzeugung einer der weltweit größten Erzeuger von Kernenergie. Auf Russland entfielen Berichten zufolge 16,5 Prozent der Uraneinfuhren in die USA im Jahr 2020 und 23 Prozent des angereicherten Urans, das für den Betrieb der kommerziellen Kernreaktoren des Landes benötigt wird. Laut US-Energieministerin Jennifer Granholm stelle die Abhängigkeit der USA von russischen Importen eine "Schwachstelle" für die nationale und wirtschaftliche Sicherheit dar. Die USA können zwar Uran abbauen, sind aber bei der Urananreicherung nach wie vor stark von Russland abhängig. Die Ankurbelung der heimischen Uranindustrie sei für Washington kein leichter Schritt, erklärte die Agentur am Dienstag und fügte hinzu, dass das Land nur noch eine einzige kommerzielle Anreicherungsanlage besitze. Diese befinde sich in New Mexico und werde von Urenco, einem britisch-deutsch-niederländischen Konsortium betrieben.

Eine Abkehr von Uran aus Russland könnte die USA dazu zwingen, sich an Kanada und Australien zu wenden. Der Vorschlag, russisches Uran zu verbieten, ist Teil des zunehmenden Sanktionsdrucks der USA auf Moskau als Reaktion auf die laufende Militäroperation in der Ukraine.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1c566b480cc78fe2383b3.jpg
Enrico Fermi Kernkraftwerk, Monroe, Michigan, USA

18:55 (17:55) novorosinform.org: **Geheime Technologien des Westens könnten durch Waffenlieferungen in die Ukraine in die Hände Moskaus fallen**

Westliche Länder sind zunehmend besorgt über den Verlust geheimer Technologien vor dem Hintergrund des Transfers moderner Waffen nach Kiew. Das berichtet die amerikanische Wochenzeitung Defense News unter Berufung auf Quellen des britischen Verteidigungsministeriums.

"Lieferantenländer äußern Bedenken über den möglichen Verlust geheimer Technologien, die in die Hände des russischen Militärs fallen könnten", heißt es in dem Artikel.

Quellen zufolge könnte dieses Problem die weitere Lieferung von Waffen durch den Westen an die Ukraine in Frage stellen.

"Russische Streitkräfte können jede Art von Waffe sowie Verschlüsselungsalgorithmen erhalten, die es ihnen ermöglichen, die Funktionsweise von Militärtechnologie und deren Abwehr zu verstehen", schreiben die Autoren des Artikels.

Die Befürchtungen wachsen auch angesichts der Erschöpfung der sowjetischen Waffenbestände und der Notwendigkeit, Entwicklungen der neuen Generation nach Kiew zu schicken.



https://novorosinform.org/content/images/63/36/46336 720x405.jpg

abends:

19:06 (18:06) novorosinform.org: **Urteil gegen britische Söldner ist illegitim - britische Außenministerin**

Die Leiterin des britischen Außenministeriums, Liz Truss, war empört über das Urteil, das über britische Söldner in der DVR ergangen ist, und nannte die Entscheidung illegitim. Sie stellte fest, dass die Behörden weiterhin alles tun würden, um sie (die verurteilten Söldner) zu unterstützen.

Der Oberste Gerichtshof der Volksrepublik Donezk verurteilte zwei Briten, Aiden Aslin und Sean Pinner, und einen marokkanischen Staatsbürger, Saadoun Brahim, die an den Kämpfen auf der Seite ukrainischer Militanter beteiligt waren, zum Tode. Zuvor gaben die Männer zu, Handlungen begangen zu haben, die auf die gewaltsame Machtergreifung abzielten. "Ich verurteile aufs Schärfste die Verurteilung von Aiden Aslin und Sean Pinner … Sie sind Kriegsgefangene. Dies ist eine Scheinentscheidung ohne jegliche Legitimität. Meine

Gedanken sind bei ihren Familien", schrieb Truss auf Twitter.



https://novorosinform.org/content/images/63/37/46337 720x405.jpg

18:15 de.rt.com: **Gespräch zwischen russischem und französischem Generalstab**Das russische Verteidigungsministerium hat mitgeteilt, dass es heute auf Initiative der französischen Seite ein Gespräch zwischen dem Generalstabschef der Streitkräfte der Russischen Föderation, General Waleri Gerassimow, und dem Stabschef der Streitkräfte der Republik Frankreich, General Thierry Burkhard, gegeben habe.

Themen des Gesprächs waren die Lage in der Ukraine wie auch die Situation im Sahel.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 09.06.22 Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 280 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 "Grad",155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-, 82mm- und 60mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei wurde ein Zivilist verletzt. 17 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Verletzung des Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen. In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 "Grad", 3 Schützenpanzerwagen, ein ukrainischer Drohnenleitungspunkt und mehr als 60 Mann vernichtet, 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka wurden unterdrückt. Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker

Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 7 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:45 de.rt.com: Ukrainische Armee schießt weiter auf Donezker Zivilisten

Nach <u>Angaben</u> der Nachrichtenagentur DNR News feuerten die ukrainischen Truppen heute Mittag zwanzig Raketen aus Grad-Raketenwerfern auf Donezk. Der Beschuss kam aus Richtung Wodjanoje. Auch die Orte Makejewka, Kremenez, Alexandrowka und Golmowski gerieten unter Feuer, aus Mörsern unterschiedlichen Kalibers.

Am späten Nachmittag wurde nach bisher unbestätigten Berichten der Kalinkskij-Distrikt von Donezk beschossen, mindestens mit neun Granaten des NATO-Kalibers 155 mm. Eine Frau starb an Ort und Stelle. Zwei weitere Anwohner wurden mit Schrapnellverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Mehrere Wohngebäude seien bei dem Beschuss beschädigt worden, hieß es.



https://dnr-news.com/uploads/posts/2022-06/1654775120 screenshot 26.png

Foto: dnr-news.com

19:20 de.rt.com: Selenskij verhängt Sanktionen gegen Putin und russische Kabinettsmitglieder

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat per Dekret persönliche Sanktionen gegen den russischen Staatschef Wladimir Putin verhängt. Das Dokument wurde am Donnerstag auf der Webseite des ukrainischen Staatsoberhauptes veröffentlicht. Es tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Das Dekret sieht auch Strafmaßnahmen gegen weitere russische Regierungsmitglieder, darunter Regierungschef Michail Mischustin, Kremlsprecher Dmitri Peskow, Außenminister Sergei Lawrow und Verteidigungsminister Sergei Schoigu, vor. Insgesamt standen 35 russische Regierungsbeamte auf der Sanktionsliste. Darüber hinaus führte Selenskij Sanktionen gegen mehr als 200 russische Hochschulen ein.

Die Restriktionen sind unbefristet und umfassen ein Einreiseverbot, die Sperrung von Vermögenswerten, die Einschränkung von Handelsaktivitäten durch das Verbot von Exportund Importgeschäften sowie die Verhinderung des Abzugs von Kapital aus der Ukraine.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2231948fbef0256626307.jpg

Wladimir Selenskij bei einer Veranstaltung in Kiew, 2. Juni 2022

20:12 (19:12) novorosinform.org: **Polen ist im Begriff die Ukraine zu annektieren – Naryschkin**

Der Direktor des Auslandsgeheimdienstes, Sergej Naryschkin, erklärte, dass die polnischen Behörden Präsident Wladimir Selenskij veranlassen würden, ihnen die Kontrolle über die staatlichen Institutionen der Ukraine zu übertragen, berichtet Gazeta.ru.

Laut russischen Geheimdiensten scheint Selenskyj zugestimmt zu haben, die Souveränität seines Landes an Polen abzugeben. Es wird präzisiert, dass die ukrainische Führung darüber informiert worden sei, dass solche Maßnahmen die Effizienz des staatlichen Steuerdienstes steigern würden.

"Mit Zustimmung Kiews hosten die Polen derzeit insbesondere ein Backup-Datenverarbeitungszentrum des staatlichen Steuerdienstes der Ukraine", heißt es in einer auf der Website des Auslandsgeheimdienstes veröffentlichten Nachricht.



https://novorosinform.org/content/images/63/41/46341 720x405.jpg

19:45 de.rt.com: **Geheimdienstbericht: Ukraine befürchtet angesichts starker Unterlegenheit massenweise Desertion**

Bei der Artillerie ist Russland zwanzigfach und bei der Munition sogar vierzigfach überlegen – auch bei der Reichweite übertreffen russische Truppen die Ukraine um ein Vielfaches. Zu dieser Einschätzung kommen offenbar westliche und ukrainische Geheimdienstmitarbeiter.

Nachdem Russland bereits früher in dieser Woche signifikante Erfolge im Donbass verzeichnen konnte und sich die generelle Einschätzung rosiger Aussichten für die ukrainische Seite zunehmend ändert, bestätigte offenbar ein Bericht westlicher und ukrainischer Geheimdienste die massiven Verluste und generelle Unterlegenheit ukrainischer Truppen.

Im starken Kontrast dazu, was der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in seiner abendlichen Ansprache an die Nation wiederholt, unterstreicht der Geheimdienstbericht, "die heldenhafte Verteidigung des Donbass" sei derart zerrüttet, dass in Kiew und bei seinen Unterstützern die Sorge vor massenweiser Desertion ukrainischer Truppen umgehe. Laut dem am Donnerstag erschienenen Bericht der britischen Zeitung The Independent erleiden die ukrainischen Truppen massive Verluste, da sie den russischen Streitkräften bei der Artillerie 20 zu 1 und bei der Munition sogar 40 zu 1 unterlegen sind. Gleichzeitig hat die Artillerie der ukrainischen Truppen demnach nur eine Reichweite von 25 Kilometern, während Russland aus der 12-fachen Entfernung zuschlagen kann.

Weiter heißt es, dass die sich zusehends verschlechternde Lage im Donbass, bei der täglich bis zu hundert Soldaten getötet werden, "eine ernsthaft demoralisierende Wirkung auf die ukrainischen Streitkräfte sowie eine sehr reale materielle Wirkung hat; die Fälle von Desertion nehmen jede Woche zu", wie The Independent aus dem Geheimdienstbericht zitiert. Die durch die Eroberung weiterer Gebiete im Osten und die Festigung der russischen Kontrolle über die eroberten Städte Mariupol und Cherson stark angeschlagene ukrainische Position werde zudem durch die sehr unterschiedliche Zahl der Gefangenen auf beiden Seiten geschwächt.

Dem Bericht zufolge liegt die Gesamtzahl russischer Soldaten, die von der Ukraine festgehalten werden, bei rund 550. Moskau halte hingegen inzwischen mehr als 5.600 ukrainische Soldaten in Gefangenschaft, wobei sich diese Zahl durch die Kapitulation von 2.500 Soldaten in Mariupol, darunter Mitglieder des Asow-Bataillons, noch erhöht hat. Die Geheimdienste gestehen ein, dass ein konventioneller Krieg nicht gewonnen werden kann, wenn die eigene Seite um ein Vielfaches weniger Waffen hat, die eigenen Waffen eine kürzere Reichweite haben und man über deutlich weniger Munition verfügt. Weiter heißt es: "Die taktische Situation an der Ostfront stellt sich wie folgt dar ... Die ukrainische Seite hat fast keine Vorräte an Raketen für Mehrfachraketenwerfer (MLRS) der Typen Smertsch und Uragan mehr, die es in den ersten Monaten des Krieges ermöglichten, russische Offensiven auf Entfernungen von [37 bis 50 Meilen] wirksam abzuschrecken." "Heute beträgt die maximale Feuerreichweite der Streitkräfte der Ukraine [15,5 Meilen]. Das ist die Reichweite, auf die die Artillerie des Kalibers 152/155 mm und die noch in Betrieb befindlichen Grad-MLRS-Einheiten schießen können."

Gleichzeitig treffe Russland Konzentrationen der ukrainischen Streitkräfte aus einer Entfernung von 186 Meilen mit taktischen ballistischen Iskander-Raketen, 43 bis 50 Meilen mit dem Smertsch MLRS und Totschka-U, aus 25 bis 37 Meilen mit dem MLRS Uragan. Laut dem Bericht ist es eine Situation absoluter Ungleichheit auf dem Schlachtfeld, erschwert durch "völlige Dominanz" des russischen Militärs in der Luft, die höchstens manchmal durch den Einsatz von Boden-Luft-Raketen vom Typ "Stinger" oder durch Fehler russischer Piloten ausgeglichen werden könne.

Weiter klingt der Bericht auszugsweise etwas ähnlich wie ukrainische Politiker, indem betont wird, dass die Lieferung weiterer Waffen eile, weil russische Truppen die Zeit zum Durchbruch im Osten nutzen werden, und dass sich die von den USA und Großbritannien gelieferten Panzerabwehrsysteme Javelin und NLAW wie auch Switchblade-Angriffsdrohnen auf den Schlachtfeldern als wirksam erwiesen hätten.

Allerdings warnt der Bericht weiter, dass Panzerabwehrwaffen "der russischen Artillerie und den Raketenwerfern nichts entgegensetzen können". Die nachrichtendienstliche Einschätzung wurde vor der Ankündigung der britischen Regierung erstellt, eine kleine Anzahl von M270-

Mehrfachraketenwerfern zu liefern, aber nach der gemeldeten Lieferung von HIMARS-

Raketensystemen durch die USA.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1e074b480cc373821fa29.jpg Zwar können ukrainische Raketen Zerstörung und Unheil anrichten, wie hier in der Stadt Golaja Pristan in der Region Cherson – aber um Russland zu schlagen, fehlt doch einiges, so ein neuer Bericht (Bild vom 7. Mai 2022)

19:50 de.rt.com: Ukrainisches Finanzministerium: IWF stellt Kiew 1,5 Milliarden US-Dollar bereit

Nach Angaben des ukrainischen Finanzministeriums soll Kiew demnächst eine Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden US-Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten. Ein entsprechendes Abkommen sei heute unterzeichnet worden, teilte die Behörde am Donnerstag auf ihrem Telegram-Kanal mit. Die Gelder sollen demnach für die Bezahlung der Beschäftigten des öffentlichen Sektors genutzt werden.

20:15 de.rt.com: **Putin: Abkehr von russischen Energieressourcen in kommenden Jahren** unwahrscheinlich

Der russische Präsident Wladimir Putin betrachtet die Perspektive eines kompletten Verzichts des Westens auf russische Energieträger in nächster Zukunft als unwahrscheinlich. Bei einem Treffen mit jungen Unternehmern am Donnerstag in Moskau sagte der Staatschef:

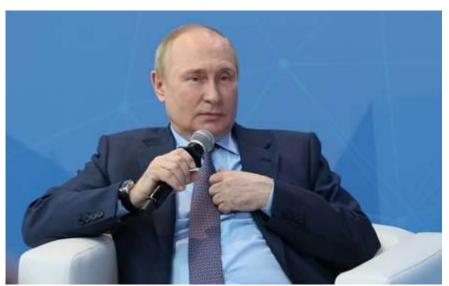
"Was den Verzicht auf unsere Energieressourcen angeht, so ist dies in den nächsten Jahren unwahrscheinlich, und man weiß nicht, was in ein paar Jahren passieren wird, also wird niemand die Bohrlöcher betonieren, es gibt keine solche Notwendigkeit."

Putin fügte hinzu, dass das Ölvolumen auf dem Weltmarkt derzeit abnehme, was zu höheren Energiepreisen führe. Der Präsident führte aus:

"Die Einnahmen der Unternehmen in monetärer Form steigen. Jeder sieht es, jeder versteht es."

Putin verwies ferner auf die Notwendigkeit, einen Binnenmarkt in Russland zu schaffen, auch für Metall- und Chemieprodukte. Er erklärte:

"Die Regierung arbeitet daran. Es wird ein ganzes Unterstützungsprogramm aufgebaut."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2364c48fbef02244ef633.jpg Wladimir Putin bei einem Treffen mit jungen Unternehmern, Entwicklern von Start-ups in den Bereichen Technologie und Innovation, Landwirtschaft und Kreativwirtschaft in Moskau, 9. Juni 2022